

Aufwühlende Tatsachen

Am 7. Dezember 1959 hat zur Eröffnung des im November neu-gewählten Schweizer Nationalrats der sozialdemokratische Abgeordnete Karl Dellberg als Alterspräsident eine bei solchen offiziellen Anlässen seltene, erfreulich unkonventionelle Ansprache gehalten. Deshalb und wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser auf-rüttelnden Mahnungen aus dem Munde gerade eines Schweizer Politikers haben wir Herrn Nationalrat Dellberg gebeten, uns das Manuskript seiner Rede zur Veröffentlichung zu überlassen.
Die Redaktion

Der Hunger ist das Weltproblem Nr. 1!

Nach einer Aufstellung der Vereinten Nationen haben die 15 ärmsten Völker der Welt ein Jahreseinkommen von 210 Franken je Kopf der Bevölkerung; die Bewohner der 12 reichsten Länder haben zehnmal soviel! Die gleichen 15 ärmsten Völker der Welt, mit der Hälfte der gesamten Erdbevölkerung, haben 9 vH des Welteinkommens; die 12 reichsten aber, unter ihnen die Schweiz, mit nur einem Sechstel der Erdbevölkerung, vereinigen in sich zwei Drittel des Welteinkommens.

Rund 2700 Kalorien je Tag sind notwendig, um das menschliche Leben in seiner vollen Arbeitskraft zu erhalten. Aber 2000 Mill. Menschen, zwei Drittel der menschlichen Rasse, kommen nicht auf diesen Wert, und viele von ihnen sind halb verhungert. Zwei Drittel aller Männer, Frauen und Kinder auf der Erde verbringen ihr Leben in Unwissenheit, Schmutz, Nahrungsmangel, Hungersnot und Krankheit. Vorzeitiger Tod ist ihr Los!

Nach der Statistik des Internationalen Kinderhilfswerkes, das sich über die ganze Erde erstreckt, sind 600 Mill. Kinder der Welt unterernährt und krank!

Diese aufwühlenden Tatsachen sind es, die die Konferenz der sozialistischen Parteien der Welt diesen Sommer in Hamburg veranlaßten, in einer Entschließung zu verlangen, daß in allen Ländern 1 vH des Volkseinkommens für die unterentwickelten Weltgebiete zur Verfügung gestellt werde.

Und was tun wir, die reiche Schweiz, um dieser Not der Mehrheit der Menschen zu steuern? Die Schweiz, die vor den beiden mörderischen Weltkriegen verschont blieb? Mit je 5 Mill. Franken, für eine beschränkte Zahl von Jahren, wollen wir helfen! Viel zu wenig im Verhältnis zum Reichtum unseres Landes! Bei unserem Volkseinkommen von rund 30 Md. Franken erfüllen wir damit unsere Pflicht nicht. Vergessen wir bei unserer Hilfe nicht, daß Asiaten und Afrikaner die Freiheit als politischen Begriff nicht kennen, wohl aber Freiheit von Armut und Hunger, von Krankheit, Unwissenheit und Naturkatastrophen. Nach *dieser* Freiheit streben sie, *diese* Freiheit müssen sie erringen!

Lassen wir endlich ab vom unchristlichen: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor“ und treiben wir unsere Aufrüstungsausgaben nicht weiter über 800 Mill. je Jahr! Dann wird das Geld für solche Hilfe frei! Als Christen müssen wir uns bekennen zum christlichen: „Wenn du den Krieg nicht willst, bereite den Frieden vor!“

Die Abrüstung ist und bleibt das Weltproblem Nr. 2!

Das hat der Bundesrat, das haben die Räte übersehen! Was taten wir bisher im Geiste eines Nikiaus von der Flüe, eines Pestalozzi, eines Dunant? Was taten wir neutralen, friedensliebenden Schweizer für die Abrüstung gegen das menschenvernichtende Atomungeheuer?

Bundesrat und Räte planten an 800 Mill. Militärausgaben. Dabei sind es schon im Vorjahr des Inkrafttretens der neuen Finanzordnung 1009 Mill. geworden. Im Voranschlag 1960 983 Mill. ohne die zu erwartenden Nachtragskredite!

Wir überlassen es seelenruhig MacMillan, Chruschtschow und Eisenhower, die Frage des Weltproblems der Abrüstung vor die Weltöffentlichkeit zu bringen. Vor einiger Zeit hat die Generalversammlung der UNO die Abrüstungsvorschläge von England und Rußland angenommen. Aber was hat *die Schweiz des Roten Kreuzes* hierzu beigetragen? Was hat sie beigetragen zum lebenswichtigen Problem der Abrüstung, der Einstellung der mörderischen Versuche mit Atombomben, als ersten Schritt zur allgemeinen und kontrollierten Abrüstung?

Unser Außenminister erklärte vor den Räten: „Der Bundesrat denkt nicht daran, die diplomatische Initiative zur Einberufung einer derartigen internationalen Konferenz zu ergreifen. Die Schweiz wäre aber selbstverständlich bereit, eine Konferenz in einer ihrer Städte aufzunehmen!“

Dies ganz im Gegensatz zu den Ausführungen von Herrn Bundesrat *Wahlen* im Ständerat im Jahre 1943! Prophetisch führte Ständerat *Wahlen* dort aus: „Gerade unserm Lande steht es zu, den ersten Schritt zu machen, um die Ächtung der Ausnutzung der Atomenergie als militärische Waffe herbeizuführen. Mag man einen solchen Schritt, angesichts der Kleinheit unseres Landes, auch nur als Geste beurteilen, sicher wird er seinen Zweck nicht verfehlen, und er kann eine Tragweite bekommen, die für das Schicksal des Menschengeschlechtes bedeutungsvoll sein kann!“

Im Juli 1958, am Ferienkurs der Schweizerischen Staatsbürgerlichen Gesellschaft, sprach erneut unser Außenminister über die Frage der Abrüstung und die Verwendung von Atomwaffen. Er führte damals aus:

„Solange Ereignisse wie in Ungarn möglich sind, besteht wenig Aussicht auf eine Abrüstung und die Schaffung eines wirklichen Friedens ... Wir müssen uns für den Fall vorbereiten, daß die Verwendung taktischer Atomwaffen sich verallgemeinert und solche Waffen eines Tages gegen uns eingesetzt werden könnten ... Darum müssen wir zur Gegenwehr fähig sein und die gleichen Waffen besitzen.“

Das sind so die größten Beiträge, die die Schweiz des Roten Kreuzes, dessen Vorschläge in Sachen Ächtung der atomaren Waffen der Bundesrat nicht einer Antwort würdigte, leistet... Wenn dereinst einmal die allgemeine und kontrollierte Abrüstung kommt, nach der *alle* Völker sich sehnen, haben wir für dieses große Friedenswerk wenig beigetragen!

Zur innenpolitischen Lage

Einmal mehr haben die Nationalratswahlen 1959 den Beweis erbracht, daß wir *Seldwyler* geblieben sind, trotz der Eroberung des Weltalls! Die Hälfte des Schweizer Männervolkes wollte oder konnte auch 1959 noch nicht sein erstes Menschenrecht, das *Wahlrecht*, ausüben. Mit gehobener Männerbrust nehmen wir davon Kenntnis und bleiben zu 50 vH zu Hause, wenn es gilt, den Kurs für unsere Kultur-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu bestimmen.

Und das wichtigste und dringendste: Der Ausbau unserer Männerdemokratie zur Demokratie auch der Frauen, unserer Mütter, unserer Gefährtinnen und unserer Töchter. Wann wird er endlich auf eidgenössischem Boden erfolgen? Eine tapfere Tat der Gerechtigkeit und der Gleichheit ist hier überfällig!

Ehrfurchtsvoll gedenke ich in dieser Stunde meiner Bestimmung zum Alterspräsidenten meines Vorgängers, Lehrers und Freundes *Hermann Greulich*, der als erster und einziger Sozialist (in den 111 Jahren seit Bestehen unseres Parlamentes) in zwei denkwürdigen Ansprachen, in den Jahren 1919 und 1922, unseren Rat eröffnete. Mit meiner heutigen Ansprache wollte ich mich bemühen, mich des großen Meisters würdig zu zeigen.

Was sagte *Greulich* am 1. Dezember 1919, vor 40 Jahren? Dies: „Die Mehrheit der Sozialisten, die zu jener Zeit in einer Urabstimmung — und ich mit ihnen — den Beitritt

zur Dritten Internationale, zum Bolchewismus, ablehnten, will aber durchaus nicht den gewohnten Schneckengang in der weiteren Hebung der Arbeiterklasse beibehalten. Sie kämpft nach wie vor für das große Ziel des Sozialismus. Vor allem verlangt sie Einrichtungen — neben den demokratisch-politischen Rechten —, die ihr *ein Mitbestimmungs und Mitverwaltungsrecht in der Wirtschaft durch selbstgewählte Vertreter sichern* ... In der Arbeiterschaft erwacht mehr und mehr das Bewußtsein, daß sie einen wichtigen Faktor in der Erzeugung und im Austausch der materiellen Lebensgüter bildet... Sie fühlt, daß ihre Unterordnung dieser bedeutsamen Stellung in der Wirtschaft nicht mehr entspricht ... Sie empfindet diese Zurücksetzung als einen unwürdigen Zustand und will sich neue, wirtschaftliche Rechte erobern ...“

Das, meine Herren, ist die Stellung des Sozialismus auch heute noch. Im Zeitalter der *Automation* ist sie notwendiger denn je! Wir feiern heuer den 200. Geburtstag des großen Dichters *Friedrich Schiller*, des unvergleichlichen Sängers unseres Wilhelm Tell, und feiern die 100 Jahre Schillerstein. In dieser großen freiheitlichen Dichtung finden wir im zweiten Akt, letzte Szene, die herrlichen Worte Rösselmanns:

„*Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
in keiner Not uns trennen und Gefahr!*“

Und wo stehen wir heute?

Wir sind ein habliches Industrievolk, die Bauernschaft ist zur kleinen Minderheit geworden. Bei einem etwas über 5-Millionen-Volke zählen wir rund 2,2 Mill. Erwerbstätige. Davon sind 1,8 Mill. unselbständig Erwerbende, gleich 80 vH, die um Lohn oder Gehalt arbeiten müssen. 400 000 nur, gleich 20 vH, sind selbständig, wirtschaftlich unabhängig tätig. Die Folge dieses Zustandes? Etwa 100 000, 5 bis 6 vH aller Schaffenden, verteilen Einkommen und Besitz zum Großteil unter sich. Eine gewaltige finanzielle, wirtschaftliche und soziale Macht konzentriert sich unter ihrer Leitung in wenigen, aber um so mächtigeren Finanz-, Bank-, Versicherungs- und Industriegesellschaften.

Eine unvollkommene Demokratie

Nach 668 Jahren seit der Gründung der Eidgenossenschaft, 155 Jahre seit der großen Freiheitschichtung Schillers, sind wir noch eine unvollkommene Demokratie. Wir sind weit davon entfernt, „ein einzig Volk von Brüdern zu sein“. Der Dichter ist der Zeit zu sehr vorausgeeilt.

Wir sind *ein Volk höchst ungleicher Eidgenossen* in Erziehung, Bildung, Kultur, an materiellen und geistigen Gütern!

Nehmen wir die Tatsachen, so wie sie sind. Sie kommen dem Sozialpolitiker so recht zum Bewußtsein beim Studium der Erklärung von Philadelphia über die Ziele und Zwecke der Internationalen Arbeitsorganisation vom 10. Mai 1944, der die Schweiz zugestimmt hat. Und erst recht beim Studium der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948!

Am schlimmsten steht es aber beim „Einzig Volk von Brüdern“ in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Darüber geben die Ergebnisse der letzten achten Wehrsteuerperiode der Steuerjahre 1955/56 vielsagende Auskunft:

Die langandauernde Hochkonjunktur hat bewirkt, daß die Unterschiede insbesondere im Vermögensbesitz noch viel größer wurden als früher!

Nehmen Sie, meine Herren, nur einmal die Berichte der FAO über die Lage der Berggebiete oder von Alt-Bundesrat *Rubattel* zur Hand. Ergänzen Sie Ihre Lektüre noch mit den Jahresberichten der Winterhilfe. Und sozialpolitisch lesen Sie die Berichte der „Internationalen Vereinigung für soziale Sicherheit“. Sie werden alsdann mit mir feststellen: „Wir sind noch keine vollkommene Demokratie!“ Wie recht hatten doch all jene,

KARL DELLBERG

die bei den Oktoberwahlen 1959 auf ihre Fahne schrieben: „Unsere politische Demokratie muß durch die wirtschaftliche und soziale Demokratie ergänzt und ausgebaut werden!“

Nur zwei Feststellungen: Das „Einzig Volk von Brüdern“ gibt seinen 1,8 Mill. um Lohn oder Gehalt Schaffenden immer noch kein Mitsprache-, Mitverwaltungs- und Mitverantwortungsrecht! Winzige Ansätze nur sind vorhanden in den kollektiven Arbeitsverträgen. Der Weckruf von *Albert Thomas*, des 1. Direktors des Internationalen Arbeitsamtes: „La justice sociale est la condition de la democratie“ hat heute noch seine volle Berechtigung.

Die zu lösende *Bauernfrage* darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden! Von den rund 200 000 Bauern haben nur etwa 50 000 ein Einkommen, das dem Durchschnitt des Schweizer Volkes entspricht. Nur diesen 50 000 hilft die Preisgarantie, helfen die Subventionen. Der Einkommensunterschied in der Landwirtschaft wird immer größer. Immer noch beträgt der Arbeitsverdienst je Männerarbeitstag im Mittel aller Bergbetriebe im Jahre 1957 rund 16 Franken, gegenüber dem Mittel aller Unterlandsbetriebe von rund 24 Franken. Im Jahre 1957 hätte die Landwirtschaft, im Sinne von Artikel 45 der allgemeinen Landwirtschafts-Verordnung, entsprechend den Löhnen der vergleichbaren nichtlandwirtschaftlichen Arbeiter, in ländlichen und halbstädtischen Verhältnissen, auf einen Paritätslohn von 23 Franken Anspruch gehabt. Aber der Arbeitsverdienst je Männerarbeitstag in den Berggebieten lag für 1957, wie früher schon, um rund 7 Franken tiefer.

Bei dieser Sachlage nehmen sich die 100 Mill. des Bundes für Investitionsdarlehen an die Berg- und Kleinlandwirte, verteilt auf mehrere Jahre, aus, wie ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Warum nicht gleich mutig an die Lösung der so wichtigen Bodenfrage gehen? Warum nicht gleich mit Kühnheit die Verwirklichung des 12-Punkte-Programms für die Berg- und Kleinlandwirte des Schweizerischen Bauernverbandes anpacken? Warum nicht gleich genügend Kredite für die Verbesserung, die Technisierung, die Rationalisierung der Landwirtschaft bewilligen und sie ganz besonders für die Berg-, Klein- und Kleinstbetriebe verwenden? Schaut vorwärts, meine Herren! Die ganze Bauernpolitik muß neu überdacht und neu gehandhabt werden! Sie muß den schaffenden Bauern die notwendige soziale Sicherheit bringen!

„Immer vorerst den Untersten helfen“, war das Leitmotiv meines Lehrmeisters Greulich und ich habe dieses Leitmotiv bewußt übernommen. — In diesem Geiste verlangt die größte Kulturaufgabe unseres Landes gebieterisch, daß wir alle gemeinsam *unsere eigenen* „unterentwickelten“ Gebiete, die Bergkantone und die Kantone und Gemeinden mit wenig oder keiner Industrie, daß wir die Hunderttausende und aber Hunderttausende von Witwen, alleinstehenden Frauen, von Kindern und Alten und Invaliden, die Berg-, Klein- und Kleinstbauern und die Klein- und Kleinsthandwerker und Gewerbler, die un- und angelernten Arbeiter in Industrie, Handel und Gewerbe und mit ihnen alle untern Volksklassen aus ihrer *materiellen, physischen, geistigen und seelischen Notlage befreien!*

Sorgen wir dafür, und mit uns das ganze Volk, daß sie alle eine gute Kinderstube, eine gute Erziehung, eine gute Allgemein- und Berufsausbildung erhalten! Sorgen wir dafür, daß alle Familien mit drei, vier, fünf und mehr Kindern eine gesunde Wohnung bekommen, mit mehr als nur mit einem oder zwei Wohnräumen! Sorgen wir aber fürs erste dafür, daß ein jedes Schweizerkind, wenn nicht seinen eigenen Wohnraum, so doch sein eigenes Bett erhält!

Das ist unser aller sittliche und moralische Pflicht. Zu dieser großen Tat rufe ich Sie alle, meine Herren, rufe ich das ganze Schweizervolk auf!